

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Franziska Rath, Dennis Gladiator,
Carsten Ovens, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

Betr.: Sicher durch die Stadt – Den toten Winkel durch Nachrüstung des gesamten städtischen Lkw-Fuhrparks mit elektronischen Abbiegeassistenten sowie durch eine Nachrüstkostprämie für Hamburger Betriebe endlich lebendig machen

Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer mit dem ungebrochenen Bedürfnis der Menschen nach Mobilität und der Notwendigkeit des Waren- und Wirtschaftsverkehrs unter einen Hut zu bringen, ist vor allem für eine wachsende Millionenmetropole und Hafenstadt wie Hamburg eine Daueraufgabe.

Bereits der Verkehrsunfall an der Kreuzung Osterstraße/Eppendorfer Weg vom 7. Mai 2018, bei dem eine Radfahrerin infolge einer Kollision mit einem Lastkraftwagen (Lkw) ums Leben kam, hatte die Dringlich- und Wichtigkeit dieser Thematik auf tragische Weise in das öffentliche Bewusstsein gerufen. Durch den Zusammenstoß eines Lkws mit einem Radfahrer an der Ecke Holstenkamp/Große Bahnstraße, durch den der Radfahrer am 20. März 2019 tödlich verletzt wurde, ist dies nun auf brutale wie tragische Weise wieder geschehen. Die Diskussion über Maßnahmen zur Vermeidung solcher Unfälle ist allerdings keinesfalls neu. Bereits im März 2017 hatte sich die CDU-Fraktion mit Drs. 21/8505 für eine landeseigene Prämie zur Nachrüstung mit Abbiegeassistenzsystemen für in Hamburg gemeldete Lkws eingesetzt und diese Forderung im vergangenen Juni mit Drs. 21/13398 erneuert.

Diese technischen Vorrichtungen können den sogenannten toten Winkel, der bei Lkws überproportional groß ist, buchstäblich „lebendig“ machen. Wenn allerdings nur neu zugelassene Lkws mit diesen lebensrettenden Systemen ausgestattet werden, werden bei über 50 000 alleine in Hamburg gemeldeten Bestands-Lkws viele Jahre vergehen, bis diese lebensrettende Innovation ihre volle Wirksamkeit auf Hamburgs Straßen entfalten kann. Zugleich können für eine entsprechende Nachrüstung laut aktuellen Preisen zwischen 2 500 – 5 000 Euro anfallen, wodurch auf die Betriebe in Hamburg Nachrüstkosten von 75 bis 250 Millionen Euro zukommen würden. Zum Wohle der Verkehrssicherheit sollte die Stadt den Betrieben bei der Bewältigung dieser immensen Kosten finanziell beiseite stehen.

Außerdem sind auch im stadteigenen Fuhrpark bei Weitem noch nicht alle Fahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen mit entsprechenden Systemen ausgerüstet.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. den Finanzbedarf für die Nachrüstung jener Nutzfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg und der städtischen Unternehmen mit einem Abbiegeassistenzsystem zu prüfen, die aktuell noch nicht über ein solches verfügen, und der Bürgerschaft bis zum 31. Mai 2019 einen Finanzierungsvorschlag mit dem Ziel vorzulegen,

sämtliche dieser Fahrzeuge bis zum 31. Dezember 2019 entsprechend nachzurüsten.

2. in enger Abstimmung mit Herstellern, Mobilitätsverbänden, Verkehrsforschern, Unternehmensverbänden sowie der Handels- und Handwerkskammer bis zum 31. Mai 2019 eine Prämie zur Nachrüstung von in Hamburg zugelassenen Nutzfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen, die noch über kein Abbiegeassistenzsystem verfügen, aufzulegen und der Bürgerschaft anschließend hierüber zu berichten.